

179 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XII. GP.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses

über die Regierungsvorlage (123 der Beilagen): Bundesgesetz, betreffend die Gewährung eines zweckgebundenen Zuschusses des Bundes an die Stadt Wien zur Förderung der Errichtung einer U-Bahn

Die Bundesregierung hat am 18. September den Entwurf eines Bundesgesetzes im Nationalrat eingebracht, der die Gewährung eines Bundeszuschusses von 2400 Millionen Schilling zur Förderung der Errichtung eines innerstädtischen U-Bahnnetzes in Wien vorsieht. Der Zweckzuschuß ist in zehn Jahresraten, beginnend mit dem 15. September 1972, der Stadt Wien zu überweisen, und zwar im Jahre 1972 150 Millionen Schilling, im Jahre 1973 200 Millionen Schilling, in den Jahren 1974 bis einschließlich 1980 je 250 Millionen Schilling und im Jahre 1981 300 Millionen Schilling. Die Überweisung

der Jahresraten soll jedoch vom tatsächlichen Baufortschritt abhängig gemacht werden.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat diese Regierungsvorlage am 27. Oktober 1970 der Vorberatung unterzogen. Der Sitzung wohnte auch Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch bei. In der Debatte ergriffen außer dem Berichterstatter die Abgeordneten DDr. Neuner und Lanc sowie Bundesminister Dr. Androsch das Wort. Hierauf wurde der Gesetzentwurf unverändert mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanz- und Budgetausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (123 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, am 27. Oktober 1970

Skritek
Berichterstatter

Weikhart
Obmann